

# B17

**Titel** Mindestlohn für alle – auch für Jugendliche!

**AntragstellerInnen** JSAG über Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Mindestlohn für alle – auch für Jugendliche!

- 1 Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass der Mindestlohn auf Jugendarbeit (siehe JArbSchG) ausgeweitet wird.
- 2 Der gesetzliche Mindestlohn soll auch für Arbeitnehmer\*innen ab 13 Jahren gelten. Ausbildungsverhältnisse
- 3 sind davon nicht betroffen. Auch bei einer Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns soll Jugendarbeit inbegrif-
- 4 fen sein.
  
- 5 Mit der Einführung des Mindestlohns wurde die Lebenssituation von circa 3,5 Millionen Beschäftigten in
- 6 Deutschland verbessert. Über 2 Millionen Beschäftigte haben keinen Anspruch auf den Mindestlohn, viele
- 7 davon sind Jugendliche. Ihre Löhne bleiben unberührt, weil der Mindestlohn erst ab 18 Jahren greift. Die-
- 8 ser Totalausschluss von Jugendlichen ist in Europa einmalig. Da in den meisten Bereichen minderjährige und
- 9 volljährige Arbeitnehmer\*innen vergleichbare oder gleiche Arbeit leisten, ist es nur gerecht, die Gehälter an-
- 10 zugleichen und Jugendliche gerecht zu entlohnen. Junge Arbeitnehmer\*innen sind nicht weniger produktiv.
- 11 Arbeitgeber\*innen erwarten von minderjährigen Arbeitskräften die gleiche Leistung wie von ihren volljährigen
- 12 Mitarbeiter\*innen. Auch wenn Jugendliche während ihrer Schul- oder Ausbildungszeit arbeiten, muss dies mit
- 13 angemessener Bezahlung gewürdigt werden. Aktuell können Arbeitgeber\*innen ihre Löhne beliebig wählen
- 14 ohne sich an einem gesetzlich festgelegten Wert orientieren zu müssen. In bestimmten Branchen werden Stel-
- 15 len nun vermehrt mit Jugendlichen oder Langzeitarbeitslosen besetzt, um den Mindestlohn zu umgehen. Diese
- 16 werden dann nach Ablauf der Frist ausgetauscht. Vergleiche aus anderen Ländern belegen diesen Effekt (z. B.
- 17 Einzelhandel in Dänemark). So entstehen ungerechte Verhältnisse, deren Auswirkungen schlechter bezahlte
- 18 Jugendliche täglich erfahren. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) von 2006 schließt aus, dass bei
- 19 der Festlegung eines Beschäftigungsverhältnisses und dem damit verbundenen Entgelt zu Benachteiligungen
- 20 aus Gründen des Alters kommt.
  
- 21 Als SPD setzen haben wir den Mindestlohn errungen. Arbeit gehört zum menschenwürdigen Leben, aber sie
- 22 muss auch menschenwürdig sein. Das beinhaltet vor allem auch gerechte Bezahlung. Die Aufgabe sozialisti-
- 23 scher Politik muss es sein, das Gleichbehandlungsgesetz konsequent umzusetzen, sodass jeder Mensch, un-
- 24 abhängig seines Alters, eine faire Bezahlung erhält.
  
- 25 Gleiches Recht und gleiches Geld für gleiche Arbeit!